

Antrag

der Abgeordneten Dr. Irene Mihalic, Dr. Konstantin von Notz, Monika Lazar, Renate Künast, Luise Amtsberg, Canan Bayram, Britta Haßelmann, Katja Keul, Filiz Polat, Tabea Rößner, Claudia Roth (Augsburg), Dr. Manuela Rottmann und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Verfassungsfeindliche Tendenzen in der Polizei erkennen und entschlossen angehen

Der Bundestag wolle beschließen:

- I. Der Deutsche Bundestag stellt fest,
 1. dass für das Ansehen und die Arbeitsfähigkeit der Polizei besonders wichtig ist, dass alle Beamtinnen und Beamten der gesamten Gesellschaft dienen. Sie haben ihre Aufgaben unparteiisch und gerecht zu erfüllen und ihr Amt zum Wohl der Allgemeinheit auszuführen. Alle Beamtinnen und Beamten müssen sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes bekennen, ihr gesamtes Verhalten daran ausrichten und für deren Erhaltung eintreten;
 2. dass gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, wie unter anderem rassistische und antisemitische Einstellungsmuster, in der Gesamtgesellschaft nach wie vor weit verbreitet sind. Aufgrund ihrer besonderen Rolle im und für den Staat und ihrer hoheitlichen Befugnisse müssen Polizeibehörden besonderes Augenmerk auf die Verbreitung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und auf rechtsextreme und andere verfassungsfeindliche Einstellungen im Kreis ihrer Beschäftigten richten und diese mit aller Entschiedenheit bekämpfen. Geschieht dies nicht, leidet das Ansehen und das Vertrauen in die Polizei massiv. Auch vor dem Hintergrund vermehrter Meldungen über rechtsextreme Vorkommnisse in den Reihen der Sicherheitsbehörden im Allgemeinen, in denen der Polizei im Besonderen, und angesichts unserer historischen Verantwortung bedarf diese Problematik besonderer Aufmerksamkeit und echter Gegenmaßnahmen von allen Beteiligten, auch seitens der Bundesregierung.
- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
 1. sich im Rahmen der Ständigen Konferenz der InnenministerInnen und -senatoren der Länder (IMK) dafür einzusetzen, dass sich die IMK durch eine regelmäßige Länderabfrage oder andere geeignete Maßnahmen unter Beteiligung der Polizeien des Bundes einen statistischen Überblick über Vorkommnisse bei Polizeibehörden des Bundes und der Länder verschafft, die im Sinne der Politischen Kriminalität (PMK) einen politischen Hintergrund haben und auf gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sowie rechtsextreme und andere verfassungsfeindliche Einstellungen hindeuten könnten;

2. durch entsprechende Forschungsförderungen oder andere geeignete Maßnahmen eine wissenschaftliche Analyse zum Ausmaß gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sowie rechtsextremer und anderer verfassungsfeindlicher Einstellungen und Praktiken, wie Racial Profiling, in deutschen Polizeibehörden zu fördern oder durchzuführen. Auch um Vergleichbarkeit zu den Einstellungsmustern der Gesamtbevölkerung herzustellen, ist eine quantitative Befragung vergleichbar mit der Leipziger Autoritarismus-Studie in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung oder der Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung empfehlenswert. Darüber hinaus gilt es zu analysieren, welche Anforderungen sich in einer wandelnden Gesellschaft an die Polizei stellen, welche politische und soziale Unterstützung Polizeibeamtinnen und -beamten in ihrer alltäglichen Arbeit brauchen und welcher Struktur, Ausbildung und Ausstattung es bedarf, um den Anforderungen gerecht zu werden.

Berlin, den 16. Juni 2020

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion